

Präsident Bidens „New Deal“

Jens van Scherpenberg

Nachdem der amerikanische Präsident Joe Biden, von seinem Vorgänger Trump im Wahlkampf stets als „sleepy Joe“ verunglimpft, am 20. Januar 2021 sein Amt angetreten hatte, entfachte er noch in seinen ersten 100 Tagen ein Feuerwerk an wohlvorbereiteten Initiativen, um die wirtschaftliche und soziale Krise, in die die USA durch die Corona-Pandemie geraten waren, aber auch den schon seit langem schwelenden und sich verschärfenden Verfall der Infrastruktur im Verkehrs- und Energiesektor sowie im Bildungswesen durch billionenschwere Ausgabenprogramme zu überwinden. Gestützt auf die ungebrochene beinahe unbegrenzte Verschuldungsfähigkeit der USA kündigte er Ausgabenprogramme für die kommenden Jahre in Höhe von insgesamt fast 7 Billionen Dollar an. Die Entscheidung über diese Programme und ihre Finanzierung, ob durch Steuererhöhungen oder Neuverschuldung, liegt allerdings beim Kongress. Und dort, zeigt sich inzwischen, ist die Mehrheit für Bidens Programme in ihrer vollen Höhe keineswegs gesichert. So ist es auch noch höchst ungewiss, ob Biden sein nicht zuletzt mit

seiner binnenwirtschaftlichen Reformagenda verfolgtes geopolitisches Ziel, das aufstrebende China in die Schranken zu weisen und die weltwirtschaftliche Führungsposition der USA zu festigen, erreichen kann.

1. „Build Back Better“ – Joe Bidens wirtschaftspolitische Offensive nach vier Jahren Trump und einem Jahr Pandemie.

Als Präsident Trump unter dem Slogan „Make America Great Again“ antrat, setzte er zwei wirtschaftspolitische Schwerpunkte, um diese Parole Wirklichkeit werden zu lassen, in der Handels- und der Steuerpolitik. Sein Aktivismus beschränkte sich weitgehend auf die Handelspolitik; er verhängte in großem Umfang Strafzölle für Importe, die er als schädlich für die USA ansah, und bestand auf der Neuverhandlung von Handelsverträgen zu für die USA günstigeren Bedingungen.



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

In der Steuerpolitik setzte er darauf, durch ein großes Steuersenkungsprogramm vor allem für Spitzenverdiener und Unternehmen Wachstumsanreize zu schaffen. Maßstab für den Erfolg seiner Wirtschaftspolitik war für Trump die Entwicklung der amerikanischen Aktienindizes, die tatsächlich in seiner Amtszeit neue Höchststände erreichten.

Präsident Biden setzt demgegenüber auf einen aktivistischen Staat nach innen, der nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der von Trump lange ignorierten Pandemiekrise auffangen, sondern auch durch staatliche Investitionsausgaben und beschäftigungspolitische Maßnahmen die US-Wirtschaft zu neuer innerer Stärke führen soll.

Die Programme, die Biden als Präsident schon in den ersten Wochen seiner Amtszeit vorlegte, verblüfften durch diesen entschlossenen Aktivismus und ihr Volumen selbst manche seiner Sympathisanten. Drei große Ausgabenpakete stellte er vor: den „American Rescue Plan“, den „American Jobs Plan“ und den „American Families Plan“.

Der „American Rescue Plan“ ist bereits am 11. März 2021 von Präsident Biden unterzeichnet worden und damit in Kraft getreten.¹ Er soll den Bürgern helfen, die unmittelbaren materiellen Folgen der Pandemiekrise zu überstehen.

- Jeder Haushalt mit einem Jahreseinkommen von bis 110000 \$ hat Anspruch auf eine Einmalzahlung von 1400\$ für jedes Haushaltsmitglied.
- Familien mit Kindern erhalten einen zusätzlichen Steuerfreibetrag von 3000\$ je Kind über 6 Jahre, 3600\$ je Kind bis 6 Jahre.
- Bedürftige Familien erhalten Zuschüsse für den Kauf von Lebensmitteln aus dem Supplemental Nutrition Assistance Program (SNAP), und wenn sie ihre Miete nicht mehr zahlen können,
- Mieter erhalten Zuschüsse aus den Programmen für Emergency Rental Assistance.
- Das Arbeitslosengeld wird bis zum 6.9.2021 (das ist in den USA der Labor Day-Feiertag, nach dem in der Regel der Sommerurlaub beendet ist und alle wieder in die reguläre Arbeit zurückkehren) verlängert und um 300\$ pro Woche aufgestockt.

- In Not geratene kleine Unternehmen können verschiedene Hilfen beantragen: Steuererleichterungen, günstige Kredite und Zuschüsse für die Weiterbeschäftigung ihrer Belegschaft.

Die Kosten für den American Rescue Plan schätzt das Congressional Budget Office (CBO) für das laufende Haushaltsjahr (1.10. 2020 – 30.9. 2021) auf 1,16 Bill. \$, für die nächsten zehn Jahre bis 2031 auf insgesamt 1,84 Bill. \$.

Der „American Jobs Plan“ sieht in seiner ursprünglichen Fassung u.a. vor:

1. Die Finanzierung umfangreicher Investitionen in die heruntergekommene Verkehrs-, Elektrizitäts- und Wasser-Infrastruktur, in die Daten-Infrastruktur, in die Sanierung von Gebäuden des Bildungssektors und bundesstaatlicher Einrichtungen;
2. Investitionen in den Klimaschutz;
3. Die Ausweitung und verbesserte Bezahlung häuslicher Pflegedienste;
4. Regulative Anreize für die Produktion von Industriegütern und Schaffung gut bezahlter industrieller Arbeitsplätze am Standort USA.

Der „American Families Plan“ will

- die Lasten der Erziehung und Ausbildung der Kinder für Familien senken, unter anderem durch kostenlosen Kindergartenbesuch für 3-4-jährige, durch Kostenfreiheit des zweijährigen College-Besuchs, durch zusätzliche Stipendien;
- die Ausbildung von Lehrkräften fördern;
- bezahlten Urlaub aus Krankheitsgründen oder zur Fürsorge für Familienangehörige einführen;
- die Nahrungsmittelhilfe- und Schulspeisungsprogramme ausweiten;
- die Müttergesundheit durch Ausgaben in Höhe von 3 Mrd. \$ unterstützen.
- Außerdem sollen im American Rescue Plan beschlossene befristete Maßnahmen wie Kindergeldzahlungen und erweiterte Steuervergünstigungen bzw. Ausgleichszahlungen (earned income tax credit) für Familien mit Kindern und Geringverdiener dauerhaft gemacht werden.

Für die Kosten des American Jobs Plan und des American Families Plan liegen noch keine genauen Berechnungen des CBO vor, zumal beide Programme noch weit von der Verabschiedung als Gesetze entfernt sind: Erste seriöse Schätzungen gehen von 2,7 Bill. \$ für den American Jobs Plan und 2,3 Bill. \$ für den American Families Plan aus.²

Alle drei großen Programme zusammen addierten sich also ursprünglich auf fast 7 Billionen Dollar. Allerdings wird nur der American Rescue Plan in Höhe von etwas über 1,8 Billionen Dollar überwiegend im laufenden Haushaltsjahr ausgabenwirksam werden, die Ausgaben für die beiden anderen Programme sollten sich über mehrere Jahre erstrecken.

Aber es ist weniger das Volumen der angekündigten Programme als vielmehr ihr Inhalt, der manche von Bidens New Deal sprechen lässt, in Anlehnung an den New Deal von Franklin D. Roosevelt, das Programm, mit dem dieser ab 1933 die USA aus der Weltwirtschaftskrise führte, mit dem Motto „building from the bottom up“, und das bis heute bestehende Grundlagen eines modernen Sozialstaats legte: die „Social Security“-Rentenversicherung und eine Arbeitslosenversicherung, das aber auch große Infrastrukturprojekte beinhaltete, die zudem als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dienten, wie der Ausbau der Wasserkraftnutzung im Einzugsbereich des Flusses Tennessee, wo die ländlichen Bewohner weitgehend keine Strom- und Wasserversorgung hatten, durch die dazu errichtete Tennessee Valley Authority, die heute der größte Stromerzeuger der USA ist.³ Es ist nachgerade ironisch, dass heute, fast 90 Jahre später, Bidens „Build Back Better“-Programm erneut die teilweise katastrophalen Defizite im Stromnetz und der Wasserversorgung weiter Teile der USA zu einem seiner Schwerpunkte erklärt hat.

Die Analogie zu Roosevelts „New Deal“ erstreckt sich auch auf seine Vorgeschichte. Wie damals Roosevelts Vorgänger Herbert Hoover durch Kreditprogramme für Unternehmen auf einen „Trickle Down“-Effekt, ein „Herabrieseln“ der Auswirkungen von deren so stimulierter Wirtschaftsaktivität auf die verelendete Arbeiterbevölkerung setzte, so erwartete auch Bidens Vorgänger Trump von seiner Steuersenkungspolitik für Unternehmen und Topverdiener ein „Trickle Down“

von deren wachsendem Reichtum auf die Lebensverhältnisse der Masse der Bevölkerung – das natürlich weitgehend ausblieb.

Andere sprechen von Programmen, wie sie sonst eher von europäischen Sozialdemokratien bekannt sind, etwa die geplante Einführung von bezahltem Mutterschaftsurlaub, von Familienbeihilfen und Kindergeld.

Ähnlich dem seinerzeitigen New Deal der 1930er Jahre fällt denn auch jetzt die innenpolitische Opposition konservativer Republikaner entsprechend heftig aus, für die aus europäischer Sicht vergleichsweise harmlose sozialdemokratisch anmutende Reformprogramme reinster Kommunismus sind, rütteln sie doch am Dogma der amerikanischen Konkurrenzgesellschaft, dass jeder selbst für sein Leben verantwortlich sei, der Staat sich aus der privaten Konkurrenz herauszuhalten habe.

Die Opposition gegen Bidens „Build Back Better“-Agenda erstreckt sich nicht nur auf deren Inhalt von, sondern auch auf ihre Finanzierung.

Nachdem während der Präsidentschaft von Donald Trump unter anderem dank seines Steuersenkungspakets von 2017 das laufende Budgetdefizit bereits vor dem Einsetzen der Covid-19-Pandemie trotz wachsender Wirtschaft weiter zunahm und die Staatsschuld von 75% auf 79% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen ließ, verdreifachte es sich durch die in 2020 verabschiedeten wirtschaftlichen Notmaßnahmen zur Unterstützung der Bevölkerung und der Unternehmen im Haushaltsjahr 2020 nahezu auf nun 3,2 Bill. \$ und die BIP-Quote der Staatsschuld erreichte, auch durch den gleichzeitigen scharfen Einbruch der Wirtschaftsleistung, über 100% des BIP, einen Stand, der bislang in der Geschichte der USA nur einmal, auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges, erreicht wurde.

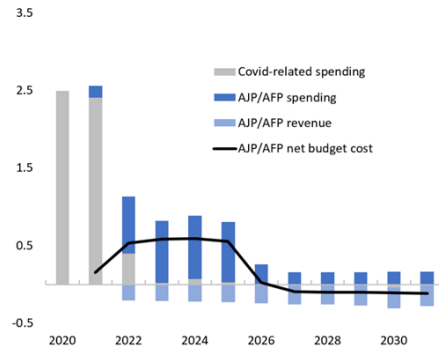
Auch die Programme von Biden sollen teilweise durch neue Nettoverschuldung finanziert werden. Insbesondere für den „American Rescue Plan“ wurde keine Gegenfinanzierung beschlossen, so dass das CBO allein daraus einen Anstieg des Defizits bis 2030 um 1,9 Bill. \$ errechnet.

Für die beiden anderen großen Vorhaben, die nicht als befristete Notmaßnahmen, sondern als dauerhafte Ausweitung der Staatsausgaben angelegt sind, ist eine zumindest teilweise Defizitfinanzierung vorgesehen, doch soll dank des erwarteten

Wirtschaftswachstums in 2021 und den Folgejahren⁴ trotz eines weiter zunehmenden absoluten Schuldenstandes von bald über 30 Bill. \$ die Defizitquote wie auch die *Gesamtschuldenquote* im Verhältnis zum BIP fallen.

Gradual rollout

The American Jobs Plan (AJP) and American Families Plan (AFP) spending will be spread out over the next decade.
(US dollars, trillion)



Sources: Congressional Budget Office and IMF staff estimations.

IMF

Zudem will die Regierung Biden sich für die Erhöhung der Staatseinnahmen nicht nur auf das Wirtschaftswachstum verlassen, sondern auch Steuererhöhungen in den Kongress einbringen. Geplant sind vor allem eine Einkommensteuererhöhung für die höchsten 1% der Einkommen von 37% auf 39,6%, eine Erhöhung der unter Trump 2017 auf 21% gesenkten Unternehmenssteuer auf 28% sowie die Einbeziehung der bislang mit einem niedrigen Satz von 15-20% (analog der deutschen Abgeltungssteuer) besteuerten Kapitalgewinne in den regulären Einkommensteuertarif (der bislang nur für kurzfristige Spekulationsgewinne aus bis zu einem Jahr gehaltenen Finanzanlagen gilt), eine Maßnahme, die auch in Deutschland diskutiert wird.

Würden diese Pläne umgesetzt, so würden, wie die Grafik des IWF⁵ zeigt, die Ausgaben für American Jobs und American Families Plan zwar in den vier Haushaltsjahren 2022 bis 2025 noch substantielle Defizite von je etwa 0,5 Bill. \$ generieren, die jedoch nicht zuletzt dank der Steuererhöhungen ab dem Haushaltsjahr 2026 bereits auf Null zurückgehen und in der Folge sogar zu einem Budgetüberschuss beitragen.

So weit der Plan. Die politische Wirklichkeit dürfte jedoch anders aussehen.

2. Was wird aus Bidens Plänen im polarisierten Kongress?

Als Ende 2020 feststand, dass die Demokraten wider Erwarten durch ihren Doppelwahlsieg bei den Senatswahlen in Georgia auf 50 Senatoren im 100-köpfigen Senat kamen und damit durch die entscheidende Stimme der Vizepräsidentin Kamala Harris als Vorsitzende des Senats auch in dieser Kammer ebenso wie im Repräsentantenhaus eine knappe Mehrheit haben würden, war die Erleichterung groß und die Regierung Biden fühlte sich ermutigt zu ihrem ambitionierten Programm, das auch viele Wünsche „linker“, sozialdemokratisch orientierter Demokraten wie der New Yorker Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez aufnahm.

Tatsächlich zeigte sich jedoch, dass schon für ihr Covid-19-Notprogramm, den American Rescue Plan Act, die knappe Mehrheit prekär war. Denn im Senat gilt für Gesetzesvorhaben in der Regel die „Filibuster“-Regel: die Minderheit kann durch Dauerreden eine Abstimmung des Senats verhindern. Für eine Entscheidung über Schluss der Debatte bedarf es einer „Super-Mehrheit“ von 60 Senatoren. Die Demokraten im Senat müssten also die Unterstützung von 10 republikanischen Senatoren gewinnen, um Gesetze zur Verabschiedung zu bringen. Tatsächlich unterbreiteten zehn eher gemäßigte, nicht strikt auf der Linie von Expräsident Trump liegende republikanische Senatoren dem Präsidenten am 4. Februar 2021 einen Alternativvorschlag, der allerdings nur Ausgaben in Höhe von 600 Mrd. \$ vorsah und daher für die Regierung nicht akzeptabel war. So nahmen die Demokraten im Kongress eine Ausnahme von der Filibuster-Regel in Anspruch, die für Gesetze mit unmittelbarer Haushaltswirksamkeit gilt: den „budget reconciliation“-Prozess, eingeführt 1974, um die zügige Verabschiedung von Haushaltsgesetzen sicherzustellen. Einmal pro Haushaltsjahr kann ein Haushaltsgesetz unter Umgehung des – bei einer 50:50-Zusammensetzung des Senats paritätisch besetzten – Haushaltsausschusses direkt im Senat zur Abstimmung gestellt und mit 50+1 Stimme verabschiedet werden. Alle weiteren Vorlagen im Rahmen des reconciliation Verfahrens bedürfen eines positiven Mehrheitsvotums des Haushaltsausschusses.

Und auch dieser Erfolg war nur dadurch möglich, dass einige Lieblingsposten linker De-

mokraten wie die Anhebung des Mindestlohns auf 15 \$ aus dem Gesetz gestrichen wurden, nicht zuletzt, weil sie noch nicht einmal auf demokratischer Seite allgemeine Unterstützung fanden. Insbesondere der demokratische Senator von West Virginia, Joe Manchin, hat sich als eher konservativer, aber auch an parteiübergreifenden Lösungen orientierter Senator erwiesen, der sich jeglicher Parteidisziplin auf demokratischer Seite entzieht.

Das heißt nun, dass weder der American Jobs Plan noch der American Families Plan in diesem Haushaltsjahr ohne Zustimmung einer hinreichenden Zahl von republikanischen Senatoren Gesetz werden kann.

Dafür standen die Chancen zunächst schlecht, da sowohl die republikanischen Abgeordneten im Repräsentantenhaus wie auch die Republikaner im Senat sich nach Amtsantritt von Biden entschlossen zeigten, sich der von Donald Trump verbreiteten Mär von der „gestohlenen Wahl“, also der Illegitimität der Präsidentschaft von Joe Biden zu unterwerfen. Immerhin steht bereits Anfang November 2022 die nächste Kongresswahl an, mit der Neuwahl des gesamten Repräsentantenhauses und eines Drittels der Senatoren. Und Trump und seine Anhänger greifen schon jetzt in den Nominierungsprozess für die künftigen Abgeordneten und Senatoren ein, um sicherzustellen, dass dann nur überzeugte Trump-Anhänger für die Republikanische Partei zur Wahl stehen. Ihr erklärtes Ziel ist es, Joe Biden zum „Half-Term President“⁶ zu machen, indem er für die letzten zwei Jahre seiner Amtszeit ohne Mehrheit im Kongress regieren muss, also innenpolitisch und vor allem in allen Haushaltsfragen faktisch handlungsunfähig wird.

Auf der anderen Seite besteht der „linke“ Flügel der Demokraten darauf, dass seine sozialpolitischen Anliegen im American Jobs Plan und vor allem dem American Families Plan nicht unter dem Druck eines notwendigen Kompromisses mit den Republikanern geopfert werden.

Doch noch immer gibt es vor allem im US-Senat Strukturen und Konstellationen von „bipartisanship“, von parteiübergreifender Zusammenarbeit und Verständigungswillen.

Das hat auch damit zu tun, dass für Senatoren eine Wahlperiode von sechs Jahren gilt, bei den zweijährigen Kongresswahlen nur je ein Drittel der Senatoren zur Neuwahl ansteht, daher die

Möglichkeit der Trump-Anhänger, Einfluss auf den Nominierungsprozess für die Senatswahlen im November 2022 zu nehmen, geringer ist. Stand Juli 2021 ist daher auch in den legislativen Prozess um den American Jobs Plan Bewegung gekommen.

Eine parteiübergreifende Gruppe von 20 Senatoren schlug dem Präsidenten dazu eine abgespeckte Fassung vor, die nunmehr lediglich 579 Mrd. \$ an neuen Ausgaben vorsieht statt der geplanten 2,7 Billionen. Sie konzentriert sich auf die nötigsten Investitionen in die „Hardware“ der Verkehrs-, Wasser-, Strom- und Datennetzinfrastruktur. Klimapolitische Posten wie Subventionen für Elektroautos wurden weitgehend, Investitionen in Gebäude und sonstige Infrastruktur des Bildungssektors sowie die Verbesserung der Bezahlung und Personalausstattung in der Altenpflege ganz gestrichen. Auch die ursprünglich im Plan enthaltenen Mittel für Forschung und Entwicklung sowie Beihilfen für die Industrie sind entfallen.⁷

Präsident Biden ist bereit, diese abgespeckte Fassung zu unterschreiben, wenn sie im Kongress verabschiedet wird, hat aber klargestellt, dass er seine weitergehenden Ziele aus dem American Jobs und dem American Families Plan weiterverfolgen will. Das ist er auch dem „progressiven“ Flügel der Demokraten schuldig, der diese reduzierte Fassung scharf kritisiert hat. Ob sie im Kongress in der kurzen Zeit bis zur parlamentarischen Sommerpause vom 9. 8. bis 12.9. noch verabschiedet werden kann, war bei Manuskriptschluss noch nicht abzusehen. Noch ungewisser ist das Schicksal des dritten Plans auf Bidens „Build-Back-Better“-Agenda: des American Families Plan. Hier ist eine Zustimmung auch nur eines kleinen Teils der Republikaner außerordentlich unwahrscheinlich. Es bliebe also nur die Option, den Plan über den „Budget Reconciliation“-Prozess zu verabschieden, aber auch das wäre gegen geschlossenen Widerstand der Republikaner im Senat nur schwer möglich.⁸

Und schließlich stehen auch noch weitere kritische flankierende Abstimmungen im Kongress an, nicht zuletzt ein Beschluss über die Anhebung der Obergrenze der Staatsschuld auf Bundesebene. Diese war unter den Bedingungen der Pandemie-Krise bis zum 31. Juli 2021 suspendiert worden, tritt also zum 1. August wieder in Kraft, unter

Einbeziehung aller bis dahin aufgrund der Pandemie aufgenommenen Schulden. Sie wird dann auf etwa 28 Bill \$ gestiegen sein. Die Verabschiedung auch nur größerer Teile von Bidens Plänen wird eine Anhebung der Schuldengrenze auf über 30 Bill \$ notwendig machen, wenn die Regierung nicht im Laufe des Herbstes 2021 zahlungsunfähig werden soll. Auch dafür genügt die äußerst knappe demokratische Mehrheit im Senat nicht.⁹

Der Erfolg von Bidens ambitionierter wirtschaftspolitischer Agenda des „Build Back Better“ ist also noch höchst ungewiss.

Es ist bezeichnend für die aktuelle Situation der USA mit ihrer hochpolarisierten, von Unversöhnlichkeit geprägten Innenpolitik, in der der nach eigener Auffassung um seine Wiederwahl betrogene Ex-Präsident noch immer die Republikanische Partei dominiert, dass es im Sommer 2021 ganz und gar offen ist, ob das Land sich Ende 2022, spätestens mit der Präsidentschaftswahl 2024, als eine dynamische Weltwirtschaftsmacht mit erneuertem Führungsanspruch, mit einer modernisierten Infrastruktur und einem die ganze Bevölkerung und ihr Potential mobilisierenden, zeitgemäßen sozialdemokratisch geprägten Sozial- und Bildungssystem präsentiert, oder als eine unter dem Druck einer populistisch-autoritären Welt sich auflösende Demokratie.¹⁰

3. Die internationalen Auswirkungen von Bidens „Build Back Better“-Programm: Inflationsorgen und Geopolitik

Die Wirtschaftspolitik der USA ist noch immer einer der wichtigsten Faktoren für die Entwicklung der Weltwirtschaft, nicht nur durch die Rolle des US-Dollar als weiterhin dominierender Weltwährung, so dass etwa Veränderungen der amerikanischen Zinssätze weltweite Auswirkungen auf die internationalen Kapitalströme und damit auf die Zahlungsbilanzen vieler Länder haben.

Im Sommer 2021 nun entwickelt sich ein Szenario, über dessen Interpretation einschließlich der daraus resultierenden Folgen die Ansichten unter Ökonomen weit auseinandergehen.

Die Wirtschaft der USA wächst stark, gleichwohl verschulden sich die USA weiter – der von Biden im Mai 2021 vorgestellte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 (ab 1.10.2021) sieht neue Schulden von 1,8 Bill \$ vor. Zugleich steigen derzeit die Preise und Löhne deutlich. Aber die Federal Reserve hat klargestellt, dass sie ihre lockere Geldpolitik fortführen will und nicht daran denkt, die Leitzinsen anzuheben. Sie hat im Gegenteil bekanntgegeben, dass sie ihr Inflationsziel von 2% in der nächsten Zeit flexibler handhaben und eine vorübergehend 2% übersteigende Inflationsrate hinnehmen will. Denn die Sorge vor einem vorzeitigen Abwürgen des jetzt einsetzenden starken Nach-Pandemie-Aufschwungs erscheint ihr zu groß, ganz abgesehen davon, dass die Pandemie noch keineswegs vollständig überwunden ist.

Andere sehen die Gefahr der Überhitzung mit einer neuen Inflationsspirale, eine Warnung, die sich auch die Republikaner im Kongress für ihre Opposition gegen Bidens expansive wirtschaftspolitische Agenda zu eigen machen. Vor allem Nouriel Roubini, Ökonom an der New Yorker Columbia University, der sich durch die frühzeitige Prognose der internationalen Finanzkrise von 2008 einen Namen als scharfsinniger Krisenanalytiker gemacht hat, warnt inzwischen vor einer neuen Stagflation – einer stagnierenden Wirtschaft bei gleichzeitig stark steigenden Preisen – ähnlich der in den 1970er Jahren, nur diesmal durch die extrem hohe weltweite Verschuldung noch verschärft.¹¹ Er sieht die Notenbanken, gerade auch die Fed, in einer Situation verloren gegangener Unabhängigkeit durch den Zwang, die wachsenden Staatsschulden zu monetarisieren, um konjunkturschädliche Zinserhöhungen zu verhindern, und damit in einer faktischen Schuldenfalle, die sie zur Untätigkeit gegenüber einer drohenden Stagflation verdammt.¹² Diese werde sich über kurz oder lang in steigenden Zinssätzen auf den Kapitalmärkten äußern und in der Folge in Pleiten überschuldeter Unternehmen sowie Staatsbankrotten in Entwicklungsländern, die derzeit mit 86 Bill. \$ verschuldet sind, und zwar in der Regel nicht in ihrer eigenen, sondern in einer der großen Weltwährungen, mit der Folge einer weltweiten Schuldenkrise bei hoher Inflationsrate.¹³

Roubini führt aber neben der Nachfrageexpansion durch die hohen schuldenfinanzierten

Staatsausgaben und der damit einher gehenden Geldschöpfung der Zentralbanken auch noch einen weiteren Risikofaktor an: den Angebotschock, der durch den krisenbedingten Kapazitätsabbau, die Erosion von Lieferketten, die Rückverlagerung von Produktion an die teureren Heimatstandorte der großen westlichen Industrieunternehmen, nicht zuletzt die auch von der Regierung Biden fortgeführte „Decoupling“-Politik gegenüber China verursacht wird. Allein diese Angebotslücke werde zu spürbaren Preissteigerungen führen. Und diese Entwicklung zeigt sich ja jetzt bereits auf wichtigen internationalen Märkten, für Chips, für Baumaterial und andere wichtige Vorprodukte.

Die Federal Reserve, aber auch der IWF halten das gegenwärtige Anziehen der Preise in den USA weit über die 2%-Schwelle hinaus auf inzwischen über 5% für eine vorübergehende Folge des starken Anstiegs der Wirtschaftsentwicklung dank dem Abklingen der Covid-Pandemie und erwarten für das Jahr 2022 eine erneute Abschwächung der Inflationsrate, wenn die gegenwärtige Angebotslücke überwunden ist. Diese Sicht teilt auch der Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der vor Panikmache in Sachen Inflation warnt.¹⁴

Für die Biden-Regierung spielt der Faktor „Inflationsgefahr“ ohnehin keine große Rolle, sie spielt die wachsenden Preissteigerungsraten als Folge pandemiebedingter Sondereffekte herunter.

Um so wichtiger ist es dem Präsidenten, wieder auf die Verbündeten der USA zuzugehen, mit dem Ziel, nicht einfach nur die US-geführte Weltwirtschaftsordnung wiederzubeleben, die sein Amtsvorgänger zugunsten seines „America First“-Unilateralismus hat erodieren lassen. Er will diese Ordnung, die weltwirtschaftliche Kooperation vielmehr in den Dienst seines eigenen geopolitischen Kernanliegens stellen, der wirtschaftlichen und technologischen Eindämmung und Abbremsung der aufstrebenden zweiten Supermacht China. Entschlossen setzt er die konfrontative Politik von Trump gegenüber China fort und stellt sie – nach dessen oft erratischen Manövern – auf eine neue konsistente Basis.

Für diesen Zweck hat er auch im Senat überparteiliche Unterstützung erhalten. Ein umfangreicher Gesetzentwurf, der neben einem 200 Mrd. \$ schweren Programm zur Unterstützung der

Technologieindustrie, um ihren Vorsprung vor China zu sichern, auch eine Fülle von restriktiven Bestimmungen zum Handel mit China enthält, erhielt im Senat am 8.6.2021 immerhin eine Mehrheit von 68 der 100 Senatoren.¹⁵

Für seine Politik der Eindämmung Chinas wirbt Biden auch unter den Verbündeten um Unterstützung. Eine Frucht dieser Bemühungen ist der auf amerikanische Initiative hin zustande gekommene jüngste Beschluss des G7-Gipfels von Cornwall vom 11.-13.6.2021, ein „Build back Better for the World“-Programm in Milliardenhöhe aufzulegen, als eine Agenda für die Welt, mit der Chinas Belt and Road Initiative begegnet werden soll. Die Umsetzung dieser Agenda ist allerdings derzeit noch ungewisser als die der binnenwirtschaftlichen Reformagenda von Biden.

Widersprüchlich ist allerdings die Handelspolitik des Präsidenten. Die neue Regierung scheint sich einerseits bewusst zu sein, dass die Stellung der USA als weltweit führender Importmarkt bedeutet, dass die Entwicklung der US-Wirtschaft, aber auch die Entscheidungen der US-Handelspolitik weltweite Auswirkungen haben. Es ist eben nicht die Stellung als *Export*-, sondern die als *Import*weltmeister, die wirkliche ökonomische Macht in der Weltwirtschaft verleiht, vor allem, wenn man seine Importe mit der eigenen Währung bezahlen kann.

Ironischerweise hatte daher die Handelspolitik von Donald Trump, mit ihren zahlreichen Strafzöllen auf Importe und ihrer merkantilistischen Fixierung auf die Handelsbilanz, Amerika weltwirtschaftlich nicht größer, sondern eher kleiner gemacht, China als dem zweitgrößten Importmarkt der Welt in besonderem Maße genutzt.

Joe Bidens „Build Back Better“-Programm zu einer massiven Ankurbelung der Binnenkonjunktur und zur langfristigen Steigerung der Produktivität der US-Wirtschaft setzt hingegen darauf, dass die USA mit der Macht ihres Dollar sich die dazu erforderliche Expansion ihrer Verschuldung und ihre Begleitung durch eine weiter anhaltende Geldmengenexpansion der Federal Reserve leisten können, ja, dass diese Politik die Stellung des Dollar in der Welt sogar stärken wird.

Andererseits hingegen hat Biden bislang kaum einen der von Trump verhängten Strafzölle zurückgenommen. Trumps „decoupling“-Maßnah-

men gegenüber China – Ausschluss chinesischer Firmen vom US-Markt, Ausweitung der Verbotslisten für die Exporte amerikanischer Produkte nach China, Begrenzung des Zugangs zum amerikanischen Kapitalmarkt – hat er mit seinem inzwischen vom Senat verabschiedeten Gesetzentwurf, dem „United States Innovation and Competition Act of 2021“, sogar noch ausgeweitet. Auch die „Buy American“-Politik wird unter der Biden-Regierung konsequent fortgesetzt. Schließlich lief zum 30.6.2021 die „Trade Promotion Authority“ aus, die Ermächtigung der Regierung durch den Kongress, neue Handelsverträge im abgekürzten Verfahren, ohne Einspruchsrecht des Kongresses in Details, einzubringen und verabschieden zu lassen, ohne dass die Biden-Regierung sich im Kongress um ihre Verlängerung bemüht hätte.

Es ist also nicht nur innenpolitisch, sondern auch unter außenwirtschaftspolitischen Gesichtspunkten durchaus fraglich, ob Bidens ambitionierte Agenda, Amerikas Stellung als respektierte weltwirtschaftliche und technologische Führungsmacht mit starker Binnenwirtschaft wieder unangefochten herzustellen, Erfolg haben wird.

Bleibt dieser Erfolg aus, könnte der Albtraum der Trumpjahre bereits zur Kongresswahl 2022 zurückkehren, wenn ein dann republikanisch dominierter Kongress jegliche Reformpolitik der Biden-Regierung an seiner Obstruktion scheitern lässt und Biden und seine Vizepräsidentin Kamala Harris als „lame duck“-Paar in das Präsidentschaftswahljahr 2024 gehen.

Anmerkungen

- 1 Für den Volltext des Gesetzes – „American Rescue Plan Act“, H.R. 1319 – s. <https://www.congress.gov/117/bills/hr1319/BILLS-117hr1319enr.pdf>
- 2 Vgl. President Biden’s \$2.7 Trillion American Jobs Plan: Budgetary and Macroeconomic Effects, Penn Wharton Business Model, University of Pennsylvania, 7.4.2021; <https://budgetmodel.wharton.upenn.edu/issues/2021/4/7/president-biden-american-jobs-plan-effects>; und: President Biden’s American Families Plan: Budgetary and Macroeconomic Effects, ebd. 5.5.2021;

- 3 <https://budgetmodel.wharton.upenn.edu/issues/2021/5/5/biden-american-families-plan>
Vgl. Meg Jacobs, Desperate Times, Desperate Measures. The Lessons of the New Deal, *Foreign Affairs*, Jg. 100, Heft 1 (Jan/Febr 2021), S. 60-67.
- 4 Der IWF prognostiziert für das laufende Jahr 2021 ein Wirtschaftswachstum von 7% und auch für die Folgejahre überdurchschnittliche Wachstumsraten für die USA und schätzt allein den kumulierten Wachstumseffekt von Bidens Programmen für 2022-24 auf 5,2% des BIP. S. International Monetary Fund, IMF Managing Director Opening Remarks for the United States 2021 Article IV Consultation, July 1, 2021, <https://www.imf.org/en/News/Articles/2021/07/01/sp070121-md-opening-remarks-us-article-iv>
- 5 Andrew Hodge and Li Lin, Boosting the Economy: The Impact of US Government Spending Plans, International Monetary Fund, 1. Juli 2021, <https://www.imf.org/en/News/Articles/2021/07/01/na070121-boosting-the-economy-the-impact-of-us-government-spending-plans>.
- 6 So Senator Barroso, Führungsmitglied der Republikaner im Senat, s. <https://www.politico.com/news/2021/06/15/barrasso-gop-biden-494644>
- 7 Für einen Vergleich zwischen den ursprünglichen Ansätzen des „American Jobs Plan“ und dem jetzt anvisierten stark reduzierten Kompromiss s. „Which Biden priorities are not included in the bipartisan infrastructure deal?“, *Washington Post*, 1. Juli 2021; https://www.washingtonpost.com/politics/2021/07/01/biden-bipartisan-deal-infrastructure-spending/?itid=lk_inline_manual_9, sowie: Committee for a Responsible Federal Budget; „What’s In the Bipartisan Infrastructure Plan?“; <https://www.crfb.org/blogs/whats-bipartisan-infrastructure-plan>.
- 8 Zu den Problemen des Prozesses s. „With trillions at stake, Democrats hurtle toward key decisions on Biden’s agenda“, *Washington Post*, 4. Juli 2021;

- https://www.washingtonpost.com/politics/with-trillions-at-stake-democrats-hurtle-toward-key-decisions-on-bidens-agenda/2021/07/03/228ba1e6-db5b-11eb-9bbb-37c30dcf9363_story.html?
- 9 Genau werden die parlamentarischen Verfahrensweisen zur Budgetgesetzgebung und der Erhöhung der Schuldengrenze erläutert in: Congressional Research Service, The Budget Reconciliation Process and the Statutory Limit on the Debt. IN11681, May 25, 2021; crsreports.congress.gov.
 - 10 Zu letzterem Szenario und seinen internationalen Auswirkungen s. Larry Diamond, A World Without American Democracy? The Global Consequences of the United States' Democratic Backsliding, Foreign Affairs, July 2, 2021, <https://www.foreignaffairs.com/articles/americas/2021-07-02/world-without-american-democracy?>
 - 11 Nouriel Roubini, The Looming Stagflationary Debt Crisis, Project Syndicate, 30.6.2021; <https://www.project-syndicate.org/commentary/stagflation-debt-crisis-2020s-by-nouriel-roubini-2021-06?>
 - 12 Zu dem aktuellen Dilemma der Notenbanken s. auch Jens van Scherpenberg, Fiatgeld und Coronakrise, GWP 1/2021, S. 39-48.
 - 13 S. auch „A rate rise in the U.S. might trigger big problems in the developing world. Global finance ministers to meet amid concerns about debt levels in developing countries“, Washington Post, 6.7.2021; <https://www.washingtonpost.com/us-policy/2021/07/06/emerging-market-debt-g20/?>
 - 14 Joseph E. Stiglitz, The Inflation Red Herring, Project Syndicate, 7. Juni 2021; <https://www.project-syndicate.org/commentary/us-inflation-red-herring-by-joseph-e-stiglitz-2021-06?>
 - 15 S.1260 – United States Innovation and Competition Act of 2021; <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/senate-bill/1260/actions>. Der Gesetzentwurf muss noch vom Repräsentantenhaus verabschiedet werden, um vom Präsidenten unterzeichnet werden zu können. S. dazu auch: , In Rare Show Of Unity, Senate Is Poised to Pass A Bill to Counter China, New York Times, June 7, 2021, Page A10.